



BUNDESANSTALT FÜR BERGBAUERNFRAGEN

FEDERAL INSTITUTE FOR LESS-FAVOURED AND MOUNTAINOUS AREAS

A - 1030 Wien Marxergasse 2/Mezzanin

<http://www.babf.bmlfuw.gv.at>

Tel.: +43 1/504 88 69 - 20 Fax.: +43 1/504 88 69 - 39

email: georg.wiesinger@babf.bmlfuw.gv.at

Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung

Protokoll der Sitzung vom 8. November 2002

von Georg WIESINGER

An der **54. Sitzung** der Arbeitsgemeinschaft nahmen folgende Personen teil:

Ast (Waldbauernmuseum Gutenstein), Eigelsreiter (Südwind NÖ-West), Fiby (Arbeitsgruppe Raumplanung Planning & Consulting), Heilig (IIASA), Hoppichler (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Loibl (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Machold (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Munduch-Bader (Österreichisches Kuratorium für Landtechnik und Landentwicklung), Panholzer (vorm. BMLFUW), Taferner (Sozialversicherungsanstalt der Bauern), Tatzl (Caritas Österreich), Vogel (Universität für Bodenkultur, Institut für Wirtschaft, Politik und Recht), Wallace (Institut für Höhere Studien), Weber (Universität für Bodenkultur, Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung), Wieser (Universität Wien und Universität für Bodenkultur), Wiesinger (Bundesanstalt für Bergbauernfragen)

Entschuldigungen gingen ein von: Danhel, Dax, Frei, Greif, B. Hofer, K. Hofer, Hovorka, Kapfer, Klaffenböck, Loidl-Keil, Michel, Pevetz, Pfusterschmid, Pirkhuber, Seher, Stastny, Weigl, Ziche, Zsilincsar

Als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft begrüßt **Wieser** die Vortragenden und TeilnehmerInnen der Sitzung.

Die Präsentation von **Heilig** (IIASA - Internationales Institut für Angewandte System Analyse, Laxenburg) stand unter dem Titel „*Vom Aussterben der Dörfer? Zur demographischen Entwicklung ländlicher Räume in Österreich*“. IIASA beschäftigt sich seit etwa 15 Jahren mit globalen Änderungen („global change“) in den Bereichen Umwelt (Projekte zur Luftverschmutzung, Landnutzung, Forstwirtschaft in Sibirien), Bevölkerung und Soziale Entwicklung (Bevölkerungsprojekt, Risikoforschung) sowie Energie und Ressourcen (Energieprojekt, IPPC Studien). Das im Vortrag präsentierte Projekt fällt in den Bereich Bevölkerung und Soziale Entwicklung und beschäftigt sich mit der ländlichen Entwicklung in Europa. Der ländliche Raum wird dabei als ein Gesamtphänomen mit mindestens fünf grundlegenden Dimensionen verstanden. Der Schwerpunkt liegt dabei nicht auf der Landwirtschaft, da es in vielen Gebieten bereits viel wichtigere wirtschaftliche Zweige und Triebkräfte der Entwicklung gibt als die Landwirtschaft. Die erste der fünf Dimensionen könnte man als „menschliche Entwicklung“ bezeichnen. Dazu zählen u.a. die Demographie der ländlichen Räume, die Situation im Bildungsbereich, Sozialen Struktur, kulturelle Entwicklung usw. Bei der „wirtschaftlichen Dimension“ geht es um die Land- und Forstwirtschaft, ländliche Industrie und Gewerbe, Dienstleistungen, Tourismus, neue Ökonomien im ländlichen Raum. Die Dimension „Umwelt und Ressourcen“ umfasst Fragestellungen wie Biodiversität, Degradation, Landnutzungsänderungen, Verschmutzung usw. Große Bedeutung hat auch die Dimension „Technik und Wissenschaft“, da ländliche Räume stark von neuen Technologien beeinflusst werden. Der Automobilverkehr, Straßenbau oder die Erschließung ländlicher Räume hatten z.B. großen Einfluss für die Erreichbarkeit und damit der Entwicklung des Pendlerverkehrs. Die Technologie verändert sich und ohne

dass wir es merken verändern sich dabei gleichzeitig die Grundbedingungen für die Menschen im ländlichen Raum. Zwei Technologien sind in diesem Zusammenhang besonders wichtig. Zum einen ist das die Biotechnologie, welche ländliche Räume fundamental beeinflussen wird, wenn sich im Bereich der Landwirtschaft die Produktionsbedingungen grundlegend verändern. Zum anderen wird das Internet eine große Wirkung ausüben. Bereits heute hat das Internet in den Bereichen Vermarktung aber auch beim Informationsaustausch, der Telearbeit usw. einen großen Einfluss bei der Veränderung ländlicher Räume. Letztlich spielt auch die „politische Dimension“ eine große Rolle. Durch die EU Erweiterung verändert sich die politische Situation grundlegend. Aber auch Fragen des internationalen Marktes, der Ernährungssicherheit oder WTO sind dabei entscheidend. Bis jetzt konzentrierte sich die Arbeit der IIASA bei diesem riesigen Forschungsvorhaben im Wesentlichen auf die humane Dimension und dabei speziell auf die demographische Entwicklung ländlicher Räume.

Aufgrund der vorliegenden Daten zeigt sich dass, wenn man die Altersstruktureffekte und die Effekte der Migration rechnerisch ausschaltet, alle Bevölkerungen Europas bereits jetzt massiv schrumpfen und altern. Diese Effekte wirken sich zunächst einmal in den peripheren ländlichen Gebieten aus, wo diese Tendenzen als erstes sichtbar werden. Im ländlichen Raum kann man Entwicklungen studieren, welche in zwanzig oder dreißig Jahren auch in den Städten evident werden. Der ländliche Raum ist quasi ein Frühwarnsystem in Bezug auf die demographische Entwicklung. Daraus ergibt sich, dass bereits jetzt abzusehen ist, dass bestimmte Gegenden wie z.B. das Nördliche Waldviertel, der Norden von Skandinavien, Zentralfrankreich, bestimmte Gebiete in Spanien und Griechenland einen regelrechten Bevölkerungskollaps erleiden werden. Bereits jetzt sind viele Menschen dort bereits über 65 Jahre alt. Wenn diese nun sterben, sterben ganze Dörfer, teilweise ganze Regionen.

Wir befinden uns jetzt gerade auf dem Scheitelpunkt der Entwicklung. Nach dem amtlichen Ergebnis der letzten Volkszählung 2001 ist die Bevölkerung sogar leicht gestiegen. Dies stellt jedoch keinen Widerspruch zu den obigen Aussagen dar. Wir sind am Endpunkt einer Entwicklung. Von jetzt an geht es mit der Bevölkerungszahl bergab. Interessant ist weniger die Gesamtbevölkerung sondern der Anteil der einzelnen Alterskohorten. Der Anteil an Menschen über 65 wird immer größer, jener der 0-14-jährigen immer kleiner. Diese Entwicklung ist mit einer statistischen Sicherheit für die Zukunft vorhersehbar. Änderungen sind nur durch eine Epidemie oder einer höheren Sterblichkeit durch viele unvorhergesehene Sterbefälle möglich. Eine Unsicherheit besteht natürlich in der zukünftigen Kinderzahl pro Frau, denn die Menschen können ihr Verhalten ändern. Daher gibt es bei den Kurven über die Zahl der Kinder für die Zukunft verschieden Varianten.

Eine Bevölkerung ist kein statischer Zustand, kein Block an Menschen sondern ein Prozess. Man kann das als eine Schachtel verstehen, in die ständig etwas rein und rausgeht. Auf der einen Seite gehen die Geburten und die Zuwanderungen hinein, auf der anderen Seite gehen die Sterbefälle und Abwanderungen hinaus. Aus diesen Vorgängen ergibt sich ein dynamischer Prozess. Jede Bevölkerung hat eine Altersstruktur. Der Babyboom der Fünfziger und Sechziger Jahre wandert langsam hoch und verursacht die Zunahme an alten Menschen. Im jetzigen Zustand gibt es in Österreich, in Deutschland und den meisten europäischen Ländern ungewöhnlich viele Eltern. In den letzten zehn, fünfzehn Jahren gab es anteilmäßig so viele Eltern wie noch nie. Trotzdem haben wir sowenig Kinder. Da eine große Zahl von Eltern relativ wenige Kinder gehabt hat, können wir mit Sicherheit sagen, dass die Bevölkerungszahl sich verringern wird. In Italien ist die Situation noch extremer als in Österreich.

Das Wort Alterung wird oft missverstanden. Viele Menschen glauben, dass Bevölkerungsalterung bedeutet, dass die Menschen älter werden. Das hat aber damit überhaupt nichts zu tun. Natürlich werden wir auch älter, aber das bedeutet nur, dass mehr Menschen von der Babyboom-Generation in die hohen Altersklassen kommen. Der wirkliche

Alterungsprozess in unserer Gesellschaft ergibt sich daraus, dass wir eine sehr starke Generation zwischen 1960 und 1965 haben und danach sehr starke Geburtenrückgänge. Die eigentliche Alterung ist das Verhältnis zwischen diesen beiden Generationen. Die Alterung ist eigentlich ein Effekt der niedrigen Kinderzahl und hat nichts mit der gestiegenen Lebenserwartung zu tun.

Der Europarat gibt die Nettofortpflanzungsrate (NRR) für alle Länder Europas heraus. Die NRR ist eine demographische Standardmessziffer. Wenn eine Bevölkerung, welche isoliert in einem Raum lebt (d.h. ohne Zu- und Abwanderung) bedeutet das eine NRR von 1,0, dass nach 37 Jahren die Bevölkerung gleich groß geblieben ist. Sind dann weniger Menschen vorhanden, ist die NRR kleiner 1,0. Die NRR gibt im Wesentlichen die Veränderung der Bevölkerung zwischen zwei Generationen an unter statischer Herausrechnung von Wanderung. Die Kinder der Migranten werden allerdings nicht ausgeschlossen. Italien hat eine NRR von 0,57, d.h. die Bevölkerung Italiens schrumpft momentan (im Jahre 2001) von Generation zu Generation um mehr als 40%. Österreich hat momentan eine NRR von 0,65, das bedeutet ein Defizit von etwa 35%. Am größten ist das Defizit momentan in Ostdeutschland mit einer NRR von 0,51. Alle Bevölkerungen Europas mit Ausnahme der Türkei, Island und Albanien schrumpfen momentan. Diese Entwicklung wird in der Bevölkerung zurzeit aber noch nicht sichtbar, da diese Länder entweder eine sehr junge Altersstruktur haben und daher noch relativ viele Kinder auf die Welt kommen, da es relativ viele Eltern gibt oder weil diese Länder eine relativ hohe Zuwanderung haben. Diese Tatsache ist unter Demographen völlig unbestritten.

In vielen Ländern Europas gibt es diese Entwicklung bereits seit dreißig Jahren. In Deutschland ist die NRR ungefähr um 1973 unter 1,0 gefallen. In Frankreich war dies etwas später der Fall. Ein Effekt dabei ist, dass wir bereits jetzt in Europa eine sehr starke Alterung der Bevölkerung haben, da die Kinderzahl so stark geschrumpft ist. Die IIASA baute ein geographisches Informationssystem auf, wo die Bevölkerung auf NUTS III Level analysiert wurde. Insgesamt sind das etwa 1.300 NUTS III Regionen. Osteuropa hat noch eine relativ junge Bevölkerung, d.h. der Anteil der über 65-jährigen ist noch relativ gering. In manchen Gebieten Nord- und Zentralspaniens, Norditaliens und Südfrankreichs, aber auch in einigen Gebieten Skandinaviens, Deutschlands und Österreichs ist der Anteil der über 65-jährigen hingegen bereits bei mehr als 25%. Wenn man den Anteil der Kinder betrachtet ist Deutschland zweigeteilt. Die ehemalige DDR ist dabei klar vom Westen abgegrenzt. Im Osten liegt der Anteil der 0-5-jährigen zum Teil unter 3% in der Gesamtbevölkerung. Dies ist zum Teil eine Folge der politischen Entwicklung. Der Hauptgrund liegt aber in der massiven Abwanderung jüngerer Menschen. Leute aus dem Osten zwischen 20 und 25 leben heute in Bayern oder Baden-Württemberg und haben dort ihre Kinder. Die Abwanderungsgebiete sind daher großflächig von Kindern entleert. Dies bedeutet auch, dass es dort schwierig wird, Kindergartenplätze bereitzustellen. Es gibt dramatische Probleme bei der Einschulung. Dutzende Schulen müssen zusammengelegt werden, weil einfach keine Kinder mehr da sind. Die Auswirkungen auf die Bildungsinfrastruktur sind jedenfalls massiv.

Diese Entwicklungen sind nicht auf eine Region beschränkt. Dies ist ein europaweites Phänomen. Im Zentralmassiv Frankreichs gibt es ländliche Gebiete, wo bis zu 50% der Menschen älter als 50 Jahre und über 30% über 65 Jahre alt sind. Während der Woche, wenn die jüngeren in die Arbeit wegfahren, leben dort überhaupt nur noch alte Menschen. Eine ähnliche Situation zeigt sich in Nord- und Mittelitalien. Um Genua sind z.B. über 50% der Menschen über 50 Jahre alt. Solche Situationen gab es noch nie in der Geschichte. Zum Teil ist dies auch auf eine Wohlstandsmigration zurückzuführen. Reichere, ältere Städte ziehen in die Gebiete an der Côte d'Azur oder Italienischen Riviera. Dadurch steigt auch der Anteil älterer Menschen.

In der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist die Überalterung besonders krass. In Italien sind 30-35% der Bauern/Bäuerinnen bereits über 65 Jahre alt. In Portugal sind mehr als die Hälfte der Bauern/Bäuerinnen über 55 Jahre alt. Dort ist der Anteil der über 65-jährigen in der Gesamtbevölkerung bei 15%, unter den Bauern/Bäuerinnen aber 35%. Verschärfend wirkt sich dabei aus, dass die Jugend aus der Landwirtschaft abwandert.

Man darf sich nicht dem Irrtum hingeben, dass dies eine neuere Entwicklung ist, die sich vielleicht ändern könnte. In Deutschland liegt die NRR bereits seit 30 Jahre um 30-40% unter 1,0. Diese Entwicklung zeigt sich in den meisten Ländern Europas. Trotzdem ist dies kein Naturgesetz. Die Aussage, dass moderne Gesellschaften immer dieses Problem hätten, lässt sich nicht verifizieren. Es gibt in Europa durchaus Unterschiede. Frankreich und Schweden liegen generell deutlich weniger unter dem Niveau von 1,0 als Deutschland. Ausschlaggebend sind dafür beispielsweise sozialpolitische Maßnahmen.

In Österreich zeigen alle Bundesländer die gleiche Entwicklung mit Ausnahme von Wien. Bei den meisten viel die NRR, ähnlich wie in Deutschland, um 1973 unter 1,0. In Wien lag immer schon die NRR bei einem Niveau von unter 1,0. Selbst 1961, d.h. zur Spitze des Babybooms, wies Wien ein Defizit von 10% auf. Die Bevölkerungsverluste Wiens wurden immer schon durch Zuwanderung ausgeglichen.

In Deutschland sieht man bereits die Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs, wenn man die einzelnen Regionstypen betrachtet. Deutschland ist nach den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder in sieben Regionstypen gegliedert (Hochverdichtete Agglomerationsräume, Agglomerationsräume mit herausragenden Zentren, Verstäderte Räume höherer Dichte, Verstädterungsräume mittlerer Dichte mit großen Oberzentren, Verstädterungsräume mittlerer Dichte ohne großes Oberzentrum, Ländliche Räume höherer Dichte und Ländliche Räume geringer Dichte). Wenn man dabei den Saldo zwischen Geburten und Sterbefälle betrachtet, sieht man, dass in allen Regionstypen die Sterbefälle bereits häufiger sind als die Geburten. Dass die Bevölkerung dennoch nicht zurückgeht, liegt an der relativ hohen Nettoeinwanderung. Das größte Defizit zeigt sich in den ländlichen Räumen geringerer Dichte mit -2,1% pro Jahr. Dies ist ziemlich beträchtlich.

Dasselbe zeigt sich, wenn man die Total Fertility Rate betrachtet (TFR). Die TFR ist die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau gerechnet. Diese liegt zurzeit in Deutschland in den ländlichen Räumen geringerer Dichte bei 1,27. Um die Sterbefälle auszugleichen, müsste die TFR 2,1 betragen. Dies ist ganz entgegen dem historischen Trend. Traditionellerweise haben die ländlichen Räume die Städte mit Bevölkerung durch Abwanderung versorgt. Dies hat sich heute vollkommen gewandelt. Heute werden am Land deutlich weniger Kinder geboren als in den Städten. Dies ist eine völlige Umkehrung der historischen Funktion des ländlichen Raumes.

IIASA hat auch die Veränderung der Bevölkerung in Österreich auf Gemeindeebene anhand der Volkszählungsdaten 1991 und 2001 untersucht. In einzelnen, überwiegend peripheren Gemeinden v.a. in der Steiermark, Niederösterreich, aber auch Oberösterreich und Kärnten hat die Bevölkerung um mehr als 20% abgenommen. Am stärksten zugenommen hat die Bevölkerung hingegen in Tourismusregionen und in den Stadtrandgemeinden.

Ländliche Regionen verlieren tendenziell alle stark an Bevölkerung und altern gleichzeitig sehr stark. Dort wo Geburtenrückgang und Abwanderung gleichzeitig zusammentreffen, kommt es zu einem Bevölkerungskollaps. Als Auswirkung davon wird es in bestimmten Gebieten zu einem starken Schrumpfen der regionalen Märkte kommen. Die demographische Entwicklung wird zu einem massiven Problem bei Projekten, wo es darum geht, lokale und regionale Vermarktung zu fördern, weil einfach die Leute fehlen und die Märkte immer kleiner werden, v.a. die Märkte junger Leute. Die Peripherie wird zunehmend uninteressanter für die Privatwirtschaft. Die schwächere Kaufkraft im ländlichen Raum verstärkt zusätzlich

den Effekt. Ältere Menschen haben auch tendenziell weniger Einkommen. Dieser kumulative Effekt verschärft die wirtschaftliche Situation in diesen Räumen dramatisch. Staatliche Serviceeinrichtungen müssen reduziert oder abgebaut werden. Der Abbau von Infrastruktureinrichtungen wird in den nächsten Jahren zu einem Standardthema werden. Dies lässt sich absolut nicht vermeiden, weil die Infrastruktur ganz einfach an den veränderten Bedingungen angepasst werden muss. Wenn die Kinder fehlen, muss man einfach die Schulklassen zusammenlegen. Post, Bahn, Busverkehr, Gerichtsbarkeit, Verwaltung, Schulen, Krankenhäuser, Kultureinrichtungen usw. müssen den betroffenen Gebieten angepasst werden an den veränderten Bedarf. Es wird dadurch zu verstärkten regionalen Unterschieden am Land kommen. Die Unterschiede werden nicht nur zwischen den Städten und ländlichen Gebieten sein, sondern auch zwischen prosperierenden ländlichen Gebieten und ländlichen Gebieten, die zurückfallen. Erlebniscluster, d.h. Freizeit-, Ferien- und Wellnessregionen werden Zuwächse haben, während in anderen Regionen die Leute abwandern, wobei dann die kulturellen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Einrichtungen zusammenbrechen. In den ländlichen Erlebnis- und Freizeitclustern, wie z.B. in Tirol oder den Thermenregionen, kommt es zu einer massiven sozialen und ökonomischen Strukturverschiebung bei der Bevölkerung. Die traditionellen ländlichen Bevölkerungsgruppen werden verdrängt, sehr wohlhabende, oft ältere Bewohner, zum Teil aus ganz anderen Ländern, werden in diese Gebiete kommen. Die Wohnungs- und Immobilienpreise werden dadurch völlig aus dem Gleichgewicht gebracht. Die Generationenkonflikte werden zunehmen, da in diesen traditionell agrarisch geprägten ländlichen Räumen die demographische Auszehrung am stärksten sein wird. Gerade die Landwirtschaft wird dabei sehr stark betroffen sein. Ein erheblicher Prozentsatz der Hofübergaben scheitert nicht an wirtschaftlichen Faktoren, sondern ganz einfach daran, dass keine Nachfolger mehr vorhanden sind oder dass niemand mehr bereit ist, den Hof zu übernehmen. Dort wo noch Kinder da sind, nehmen die Konflikte zu, weil die ältere Generation nicht versteht, dass die Jungen in die Städte wollen.

Daraus folgt, dass das traditionelle demographische Muster, nämlich der Bevölkerungsausgleich in den Städten durch Zuwanderung aus den umgebenden ländlichen Regionen, ersetzt werden muss durch eine Nettozuwanderung von außerhalb Europas. Nur dadurch können größere Städte, wie z.B. Wien demographisch am Leben erhalten werden. Der Verfall peripherer ländlicher Räume kann aber nicht durch Zuwanderung ersetzt werden. Migranten aus außereuropäischen Regionen ziehen vorwiegend in die größeren Städte. Kaum jemand würde in das Nördliche Waldviertel gehen. Die Zuwanderung in ländliche Gebiete ist dabei praktisch Null. D.h. die Zuwanderung ist keine Lösung für die ländlichen Regionen.

Die durchschnittliche Kinderzahl müsste massiv ansteigen. Wir befinden uns in einer außergewöhnlichen Lage. Wenn es diesen Zustand bereits im 13. Jahrhundert gegeben hätte, würde es uns alle nicht mehr geben. Für eine Reproduktion der Bevölkerung müssten 40-50% mehr Kinder geboren werden. Dies ist nur durch einen Wertewandel in Richtung Kinder und Familie möglich.

Aus der demographischen Forschung weiß man, dass die Situation in manchen Ländern nicht so ist. In den U.S.A., Schweden, Frankreich, Israel ist z.B. die Situation weniger dramatisch. Diese anderen Tatsachen könnte man als Hinweis nehmen, wenn man zur Veränderung der Situation beizutragen möchte. Zunächst hat die Kinderzahl etwas mit dem Wunsch vieler Frauen nach Arbeit zu tun. Wenn Kinder und Arbeit nicht vereinbar sind, ist es schwer, sich für Kinder zu entscheiden. Mehr Teilzeit und Flexibilität am Arbeitsmarkt wären dafür erforderlich. Die Ladenschlusszeiten in Österreich würden Familien mit Kindern massiv benachteiligen. Es bleibt am Abend kaum noch Zeit zum Einkaufen. Dies erzeugt nicht nur einen irrsinnigen Stress sondern führt auch zu logistisch-organisatorischen Problemen unter den gegenwärtigen Bedingungen in Österreich und Deutschland.

Wenn Eltern mit Kindern berufstätig sein wollen gibt es keine Alternativen zu Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung. In den meisten Ländern Europas ist da die Situation wesentlich schlechter als z.B. in den U.S.A. oder Frankreich. Eine weitere Forderung wäre eine wesentlich stärkere Anrechnung der Kindererziehungszeiten bei der Rente. Bereits vor Jahrzehnten wurden dazu detaillierte Expertisen in Deutschland gemacht, wo sich zeigt, wie stark die finanzielle Benachteiligung von Menschen mit Kindern über das ganze Leben gerechnet ist. Menschen mit Kindern, egal in welcher Lebenssituation sie nun stehen, sind finanziell massiv gegenüber Menschen ohne Kinder benachteiligt. In Österreich wurde z.B. der Familienförderungsfonds systematisch über Jahrzehnte hinweg für die Finanzierung der Pensionen verwendet. Ähnliches passierte auch in Deutschland.

Die Schulferienordnung ist ebenfalls eine massive Benachteiligung. Acht oder neun Wochen Schulferien im Sommer lassen sich kaum managen ohne Ganztagsbetreuung, wenn beide Eltern berufstätig sind. Es ist nicht einzusehen, wenn junge Väter, die sich um ihre Kinder kümmern, vom Präsenzdienst befreit würden. Die Befreiung der Frauen vom Präsenzdienst wird oft mit der zusätzlichen Belastung durch die Kinderbetreuung argumentiert. Umgekehrt könnte man genauso sagen, dass Frauen, die keine Kinder haben, auch etwas für die Gemeinschaft tun sollen. Warum sollen diese Frauen nicht Sozialdienst leisten. Es gibt ja so große Probleme mit der Altenbetreuung, wo tausende Stellen nicht besetzt sind.

Ein weiterer Vorschlag betrifft die Aufhebung der Gewerbeordnung für bestimmte Tätigkeiten, damit Männer und Frauen neue Dienstleistungsunternehmen speziell im häuslichen Bereich gründen können. Der Hintergrund für diesen Vorschlag ist folgender. Die traditionelle Familie hat am Land deswegen funktioniert, weil es relativ viele Arbeitstätigkeiten im und um den Haushalt gab. Die Frauen haben nicht nur oft den Männern geholfen, sie oft sehr eigenständige gewerbliche Tätigkeiten ausgeübt wie z.B. Korbflechten, Spielzeugmachen, Handarbeiten u.v.a.m. Dadurch wurde das Haushaltseinkommen erhöht. Dies war nur deswegen möglich, da dies im häuslichen Bereich in der Nähe der Kinder erfolgen konnte. Arbeit und Kinderbetreuung ließen sich so vereinbaren. Die Trennung von außerhäuslicher und häuslicher Erwerbsarbeit führt zu sehr großen Problemen. Heute gibt es keine vernünftigen Tätigkeiten, die man zu Hause ausüben könnte. Gerade im Tourismusbereich ließe sich da viel machen. Man könnte Urlaub am Bauernhof ausweiten und speziell für Frauen mehr Einkommensmöglichkeiten schaffen. Dadurch würde es auch für jüngere Frauen vielleicht interessanter.

Loibl: Das Grundproblem ist diese Trennung von Versorgungsarbeit und Erwerbsarbeit führt dazu, dass Kinder keinen Platz haben. Viele Eltern haben mir gesagt, dass sie keine Kinder in die Welt setzen wollen, um sie dann in Kinderbetreuungseinrichtungen abzuschieben. Weiters glaube ich, dass die Kinder der Sechziger Jahre, zu deren Generation ich mich auch zähle, und da v.a. die Frauen sich teils noch in einer bestimmten Verweigerungshaltung befinden. Die Kinder der Siebziger Jahre haben da schon wieder eine viel kinderfreundlichere Haltung. Die patriarchalen Verhältnisse am Land, das Verantwortlichmachen der Frauen für die Kinder wirken sich außerdem negativ aus. Ich besuchte einen Psychologiekongress in Wien. Dabei wurde mir die Bedeutung der Väter für die Kleinkinderentwicklung bewusst. Wenn Väter bei ihren Kleinkindern sind, führt das nicht nur zur Entlastung der Frauen sondern das ist auch für die Entwicklung der Kinder sehr wichtig.

Munduch-Bader: Der Vorschlag einer Erleichterung der Teilzeitarbeit sollte genauso für Männer gelten. In vielen politischen Programmen ist immer nur von Frauen die Rede, wenn es um Vorschläge einer Teilzeitarbeit geht. Männer gehen kaum in Karenz, weil sie Angst haben, den Job zu verlieren. Man müsste nur entsprechende Modelle entwickeln, denn so unersetzbar sind wohl Männer auch nicht.

Heilig: Ich gebe Ihnen völlig recht. Das Hauptproblem besteht darin, dass es zuwenig Flexibilität gibt. Diese starren Schubladen sind unter Umständen für die Männer auch nicht so lustig. Die würden vielleicht auch einmal weniger arbeiten wollen, um sich dafür besser um ihre Kinder kümmern zu können. Die bestehenden Strukturen lassen leider keine flexiblen Reaktionen zu. Das gilt sowohl für Männer und Frauen, wobei natürlich hauptsächlich Frauen die Leidtragenden sind.

Munduch-Bader: Dann werden viele Männer erst merken, dass es zuhause auch nicht immer lustig ist.

Panholzer: Die meisten Ausländer kommen in ihrer aktivsten Lebensphase nach Österreich. Jede Baufirma hat tüchtige, effiziente ausländische Arbeitskräfte. Gerade diese Arbeitskräfte werden dann in Österreich immer mehr fehlen. Mittelitalien, v.a. die Toskana, Umbrien zeigen nach ihren Karten eine sehr negative Entwicklung. Dies deckt sich nicht mit meinen empirischen Erfahrungen. Ich hatte den Eindruck, dass der ländliche Raum dort sehr lebendig ist. Meine beiden Söhne leisteten Zivildienst. Meine Tochter wäre durchaus bereit, einen Sozial- oder Umweltdienst zu leisten, wenn sie keine Kinder hätte.

Weber: Wir analysierten sämtliche ländlichen Gemeinden Österreichs in Hinblick auf ihre strukturellen Stärken und Schwächen und haben dann Wirtschaftsdaten mit demographischen Daten verbunden. Dabei ergibt sich ein sehr schönes regionales Muster. Die strukturschwachen Gemeinden liegen entlang des ehemaligen eisernen Vorhangs und in den schlecht erreichbaren inneralpinen Tallagen Zentralösterreichs. Abgesehen von diesen horizontalen Beziehungen muss man aber auch die vertikalen Politiken sehen, die speziell auf diese Problemgebiete ausgerichtet sind. Diese Gebiete sind Globalisierungsverlierer. Man muss ganz klar sehen, dass sich die Situation dramatisch verschlechtern wird, nicht nur demographisch sondern auch in Hinblick auf die starken Zentralisierungstendenzen, welche die Globalisierung auslöst und forciert. Daher muss man eine grundsätzliche Kritik an der Art des Wirtschaftens üben. Es muss in Zukunft eine viel stärkere Regionalisierung unter dem Pretext einer nachhaltigen ökonomischen Entwicklung geben. Die wirtschaftliche Basis in diesen strukturschwachen Gebieten muss stärker werden. Sollte das nicht gelingen, werden auch Anstrengungen auf der demographischen Seite nicht wirksam sein. Der ökonomische Erosionsprozess wird dann so stark sein, dass die Dörfer aussterben. Der Kärntner Landesrat *Wurmitzer* hat kürzlich von einer Südkärntner Gemeinde mit 1.500 Einwohnern und nur einem einzigen Kind (Geburt G.W.) erzählt. In manchen Gebieten ist die Entwicklung jetzt schon sehr dramatisch.

Taferner: Die Sozialversicherungsanstalt der Bauern verzeichnet einen Rückgang von 40% bei den Wochengeldanträgen. In der Krankenversicherung liegt das Verhältnis zwischen den Aktiven und Pensionisten fast schon bei 1,0 zu 1,8. Die Diagnose ist sehr treffend. Alles das ist bekannt und richtig. Sie haben unkonventionelle Vorschläge gemacht, die ich fast alle unterzeichnen kann. Ich selber bin Vater von drei Kindern und habe mich persönlich bemüht, nicht nur in der Firma zu agieren, sondern auch zuhause vorhanden zu sein. Letztlich sehe ich bei meinen beiden Söhnen (25 und 29 Jahre alt) den Zug hin zum bequemen Leben. Mein Beispiel hätte eigentlich etwas anderes bewirken können. Als eine wichtige Frage erscheint mir, was man tun könnte, damit die Politik munter wird. Die hochgejubelte Familienrechtsreform ist gescheitert. Es müsste im Grunde im Pensionsrecht dazu kommen, dass bei denen, welche keine Kinder haben, das Kapitalisierungsverfahren anzuwenden ist und nicht das Umlageverfahren. Aber wer möchte das schon vertreten?

Eigelsreiter: Ich wunderte mich zu Beginn des Vortrages sehr, dass Sie sich so auf die Nettoreproduktionsrate festlegen. Denn wenn es darum geht, die Infrastruktur, Bildungsstruktur etc. aufrecht zu erhalten, spielt ja die Zuwanderung sehr wohl auch eine Rolle. In Bezug auf die ländlichen Gebiete wurde mir dann klar, dass es hier praktisch keine

Zuwanderung gibt. Nur finde ich hier ist der wesentliche Faktor, dass es dort keine oder zu wenige Arbeitsplätze gibt. Dies ist bei weitem der wichtigste Faktor, erst dann kommen Teilzeitarbeit, Kinderbetreuung usw. Dies würde eine andere Wirtschaftspolitik für diese Regionen erfordern. Den angesprochenen Sozialdienst für Frauen halte ich für sehr kontraproduktiv, solange Frauen in unserer Gesellschaft in fast allen Bereichen benachteiligt und auch in der rechtlichen Situation nur ansatzweise gleichgestellt sind. Frauen werden in der Berufslaufbahn, bei der Bezahlung gleicher Tätigkeiten, aber v.a. in Hinblick auf die Zuständigkeit für die unbezahlte (Reproduktions-, Subsistenz- G.W.)Arbeit diskriminiert. Letztere macht nach Berechnungen der Wirtschaftsuniversität genauso viel aus wie das Bruttoinlandsprodukt. Solange das nicht alles aufgeholt ist, brauchen Frauen keine zusätzlichen Belastungen.

Hoppichler: Eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten ist eine Forderung der modernen, materiellen Konsumgesellschaft. Ich verstehe die jungen Leute, dass wenn sie die Werte dieser Gesellschaft angenommen haben, keine Kinder mehr wollen. Die neoliberale Wirtschaftsgesellschaft will, dass der Mercedes im Zentrum steht, dass der Mercedes eine Garage braucht usw. Was kann jemand heute den schon Kindern bieten? Er soll den Kindern auch noch diesen Wohlstand garantieren können. Die Familien kommen dadurch immer stärker unter Druck. Alle sollen mehr arbeiten. Jetzt sollen die Verkäuferinnen auch noch am Wochenende im Geschäft stehen. Dieser ganze Komplex passt nicht zusammen. In der modernen biotechnologischen Welt herrscht darüber hinaus das Konzept des perfekten Menschen, d.h. das Kind soll auch noch perfekt sein. Bereits im Kindergarten wird die Intelligenz der Kinder beurteilt. Bei einem kleinen Sprachfehler kommt sofort eine Logopädin. Ich selber habe vier Kinder. Was ich selber in der modernen, sozialen Betreuungsgesellschaft erlebt habe, ist erschreckend. Unter den Prämissen einer neoliberalen Gesellschaft ist es sehr schwer, eine Zukunft zu sehen.

Tatzl: Teilzeitarbeit sollte nicht nur für Männer und Frauen in gleichem Maße gelten, es müssen auch qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden. Bei einer Forderung nach Sozialdienst für kinderlose Frauen ab 45 muss auch bedenken, dass 80% der Frauen einmal die ältere Generation pflegen.

Ast: Man sollte jeden Druck auf die Frauen vermeiden, berufstätig zu sein. Ich komme aus einem gestressten Elternhaus und beschloss, das als junges Mädchen nicht mitzumachen. Dass die Jugend nur noch das Wohlbefinden in den Augen hat, ist eine Folge des Hedonismus, der nach und nach die absterbenden christlichen Werte zunichte macht.

Heilig: Es ist gar keine Frage, dass letztlich natürlich die wirtschaftliche Situation in diesen Regionen entscheidend sein wird. Ohne Arbeitsplätze hilft alles nichts. Im zweiten Arbeitsbereich des Projekts wird daher auch versucht, neue Initiativen im ländlichen Raum zu ergründen, um langfristig tragfähige wirtschaftliche Aktivitäten wieder aufzubauen. Das Problem besteht unserer Einschätzung nach zum Teil darin, dass viel zu lange nur auf die Land- und Forstwirtschaft geschaut wurde. Es wurde nicht begriffen, dass es eine riesige Palette von Möglichkeiten gibt, wie man am Land wirtschaftlich tragfähige Strukturen aufbauen kann, die für junge Leute viel attraktiver sind. Ich glaube, dass die Vorstellung, dass es nur eine Lösung gäbe, sicher falsch ist. Ein einziger Satz von Maßnahmen kann nicht alle Probleme lösen. Es gibt zahlreiche unterschiedliche Lebensentwürfe. Die einen wünschen eine Betreuung für ihre Kinder, weil sie gleichzeitig Karriere machen wollen. Die anderen wollen eine bessere Möglichkeit, mit ihren Partnern zuhause die Kinder zu betreuen. Manche wollen überhaupt keine Kinder haben, was ja nun genauso gerechtfertigt ist. Bei dieser Vielzahl unterschiedlicher Lebensentwürfen sind allgemeine Regeln Unsinn. Ich habe lediglich einige wenige, ganz extreme Fälle von Bedingungen erwähnt, welche Menschen, die sich bereits für Kinder entschlossen haben, das Leben unnötig schwer macht. Die Öffnungszeiten der meisten Kindergärten führen beispielsweise dazu, dass sich die Eltern oft

zu Tode hetzen müssen. Diese verkrusteten Strukturen könnte man ohne große ideologische Kämpfe einfach abschaffen.

Wieser: Früher war einmal die Rede von Malthus und den Schrecken der Überbevölkerung. Deshalb bin ich sehr überrascht, dass man nun so entsetzt reagiert, wenn die Bevölkerung endlich einmal zurückgeht.

Im zweiten Teil der Sitzung berichtete **Machold** zum Thema „*Jugendliche in Murau – Zwischen Gehen und Bleiben*“. Dabei wurden Ergebnisse aus einem EU-Forschungsprojekt der Bundesanstalt für Bergbauernfragen vorgestellt. Das Projekt wurde aus dem 4. Rahmenprogramm der EU für Forschung, Technologie und Entwicklung finanziert und im Frühjahr 2001 offiziell abgeschlossen. Beteiligt waren Projektpartner aus insgesamt sieben Ländern (Schottland, Irland, Deutschland, Portugal, Frankreich, Finnland und Österreich). Koordiniert wurde das Projekt vom Arkleton Centre for Rural Development Research an der Universität Aberdeen, Schottland. Für Österreich wurde als Studienregion der Bezirk Murau gewählt. Die zentrale Untersuchungsfrage betraf dabei die Auswirkungen der politischen Rahmenbedingungen auf die Jugendlichen. Die Situation der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungsbereich spielten dabei eine wesentliche Rolle, andererseits aber auch die Integration der Jugendlichen im ländlichen Sozialsystem. Dabei wurden auch geschlechtsspezifische Unterschiede zwischen Burschen und Mädchen analysiert.

Nach einer umfassenden Literaturanalyse und Datenrecherche zur Situation in der Region erfolgten Leitfadenterviews mit den Jugendlichen in den Studienregionen. Der Leitfaden war für alle Studienregionen in den einzelnen Ländern gleich. Gefragt wurde im Wesentlichen die Meinung der Jugendlichen zu Bildung, Arbeitsmarkt und Teilnahme am öffentlichen Leben. Abschließend erfolgten Gruppendiskussionen. Diese waren in den einzelnen Ländern unterschiedlich und fokussierten sich auf besonders interessante, für die einzelnen Länder spezifische Themenbereiche. In Murau konzentrierten sich die Gruppendiskussionen hauptsächlich auf die Perzeptionen der Jugendlichen zur Zukunft der Region.

Zunächst wurde eine Kontextanalyse der einzelnen Studienregionen mit Kontextbericht durchgeführt. Die Analyse der Interviews mündete dann in einem nationalen Bericht. Darüber hinaus behandelte jedes Land gesondert länderübergreifend einen spezifischen Themenbereich. Für Österreich waren dies die ländlichen Entwicklungsprogramme und ihre Jugendrelevanz. Letztlich wurde dann im März 2001 der Endbericht an die EU-Kommission geliefert. Die wichtigsten Ergebnisse wurden in Österreich im deutschsprachigen Forschungsbericht Nr. 50 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen „Jung und niemals zu Hause – Jugendliche auf der Suche nach Perspektiven im ländlichen Raum“ publiziert. In nächster Zeit werden zwei weitere englische Syntheserichte entstehen. Einer wird die länderübergreifenden Themenbereiche betreffen, der zweite, welcher von der Bundesanstalt für Bergbauernfragen herausgegeben wird, soll die Situation der Jugendlichen in den verschiedenen Untersuchungsregionen zusammenfassen.

Der politische Bezirk Murau liegt zwar sehr zentral in Österreich, ist dessen ungeachtet aber eine periphere Region im Berggebiet, welche nur schwer zu erreichen ist. Die Region liegt relativ abseits vom höherrangigem öffentlichen Schienen- und Straßennetz. Kennzeichnend ist auch eine relativ schleppende wirtschaftliche Entwicklung.

Murau hatte traditionell einen hohen Geburtenüberschuss. Im Laufe der Zeit hat sich dieser allerdings verringert. Laut Prognosen werden sich die Geburten bis zum Jahr 2021 auf das niedrige österreichische Niveau reduzieren. Sowohl die Zu- als auch die Abwanderung von Jugendlichen verringerte sich zwischen 1971 und 1991. Die Abwanderung blieb aber immer höher als die Zuwanderung. Die jugendlichen WochenpendlerInnen haben zwischen 1971 und 1991 stark zugenommen. 42% der jungen erwerbstätigen Männer und 34,5% der jungen erwerbstätigen Frauen pendeln. Dazu kommen noch die zur Schule Pendelnden und die

Studierenden. D.h. ein Großteil der Jugendlichen ist unter der Woche nicht in der Region. Die Beschäftigungsprobleme werden eher durch das Pendeln gelöst als durch Abwanderung. Weiters deutet dies auch darauf hin, dass die Situation in den angrenzenden Regionen auch nicht sehr rosig ist, dass dorthin auch kaum Jugendliche abwandern wollen. Es kann aber auch sein, dass sie aus anderen Gründen gerne in Murau bleiben wollen.

Im Bezirk Murau liegt der Anteil der Personen mit Lehrabschluss unter den 20 bis 24-Jährigen deutlich über dem österreichweiten Durchschnitt. Dieser Anteil ist bei den jungen Männern noch höher als bei den jungen Frauen. Darüber hinaus weisen mehr junge Männer einen Lehrabschluss auf als junge Frauen. Ein geschlechtsspezifisches Ausbildungsmuster wird dabei deutlich. 76% der weiblichen Lehrlinge finden sich in zehn Berufen wieder. 25% aller weiblichen Lehrlinge lernen Einzelhandelskauffrau! Bei den männlichen Lehrlingen sind nur 50% in den zehn wichtigsten Lehrberufen, d.h. es gibt hier ein weiteres Feld an Berufen. Interessant ist auch, dass sich die Lehrberufe junger Männer und Frauen kaum überschneiden. Es besteht nach wie vor nur eine geringe Durchlässigkeit. Bei den zehn wichtigsten Lehrberufen findet sich nur Koch/Köchin auf beiden Seiten. Beim Anteil der Personen mit höherer Bildung nähert sich das bei den jungen Frauen bereits dem österreichischen Niveau, während bei den jungen Männern der Abstand noch wesentlich größer ist.

Die Arbeitsmarktsituation im Bezirk ist ziemlich schlecht. 2001 kamen auf 723 Arbeitslose 71 offene Stellen. Viele der angebotenen Stellen entsprechen darüber hinaus nicht den Ansprüchen der Arbeitsplatzsuchenden. Die meisten Stellen werden noch im Gastgewerbe angeboten. In diesem Bereich wollen aber nur relativ wenig Menschen arbeiten.

Aus den Interviews geht eine gewisse Geringschätzung formaler Schulbildung hervor. MaturantInnen hätten Schwierigkeiten, in der Region einen Arbeitsplatz zu finden. AkademikerInnen hätten praktisch überhaupt keine Chance. Von den Jugendlichen wurde beklagt, dass es sehr wenig Information über die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in der Region, aber auch außerhalb der Region, gäbe. Sie fühlen sich dabei sehr alleine gelassen. Auch vom Arbeitsmarktservice würde in erster Linie auf eine schnelle Vermittlung Wert gelegt und weniger auf eine wirklich individuelle Beratung.

Die Jugendlichen zeigen eine sehr hohe Arbeitsethik. Arbeit ist etwas sehr wichtiges. Die Bedeutung von Arbeit ist hoch, sowohl emotional als auch in Hinblick auf eine finanzielle Unabhängigkeit. Das äußert sich auch in der Einstellung gegenüber Arbeitslosen. Diese können nicht mit Toleranz rechnen. Sie werden oft als faul, bequem und den Sozialstaat ausnützend beschrieben und zwar von allen, d.h. interessanterweise auch von den Arbeitslosen selbst. Die spezifische Arbeitskraftnachfrage in der Region ist ein Gegenpunkt zu den geschlechtsspezifischen Ausbildungsmustern. Es gibt in der Region durchaus eine Nachfrage nach jungen Männern mit einem abgeschlossenen Handwerksberuf. Bei den Frauen ist die Situation schon wesentlich schwieriger. In den klassischen Dienstleistungsberufen, wie Einzelhandelskauffrau usw., gibt es kaum Arbeitsplatzangebote. Aus den Interviews zeigte sich, dass der Arbeitsmarkt insgesamt relativ jugendunfreundlich ist. Dies äußert sich in einem geringen Lehrstellenangebot und wenig qualifizierten Arbeitsplätzen für Menschen mit höherer Bildung. Berufserfahrung ist oft eine Bedingung, um überhaupt einen Arbeitsplatz zu bekommen. Außerdem ist das Lohnniveau generell sehr niedrig und dadurch für Jugendliche noch geringer.

Der Arbeitsplatz im landwirtschaftlichen Betrieb wird von den potenziellen Hoferben als zweischneidig wahrgenommen. Wenn der landwirtschaftliche Betrieb groß genug und daher wirtschaftsfähig ist, wird dies durchaus noch als eine Option wahrgenommen. Die meisten absolvieren allerdings zusätzlich noch eine außerlandwirtschaftliche Ausbildung zur Sicherheit. Ein zweites Standbein ist in den Augen der Jugendlichen aus der Landwirtschaft unbedingt notwendig. Eine junge Frau (22 Jahre) hatte massive Schwierigkeiten nach der

Matura, einen Job zu bekommen. Sie hatte insgesamt 85 Bewerbungen und zehn Aufnahmetests. Nachdem sie sich sehr bemüht hatte, fand sie schlussendlich einen Arbeitsplatz, allerdings erst aufgrund persönlicher sozialer Kontakte. In einem zweiten Zitat (junge Frau 23 Jahre) wird deutlich, wie sich die Jugendlichen an den regionalen Arbeitsmarkt der Region anpassen müssen. Für Elektriker, Installateur und Maurer gäbe es Möglichkeiten, für Frauen offenbar nichts.

Mobilität ist ein sehr wichtiger Faktor für das Leben im ländlichen Raum. Die müssen zur Schule oder zum Arbeitsplatz pendeln. Auch die Freizeitangebote sind weit verstreut. Diese gehen über die Gemeinde oder sogar über die Region hinaus. Dass man zu einem Discobesuch in die Landeshauptstadt fährt, ist nicht mehr ungewöhnlich. Dementsprechend wichtig ist das Auto, nachdem der öffentliche Verkehr nur wenig ausgebaut ist und tendenziell noch weiter zurückgeht.

Die Jugendlichen leben länger bei den Eltern im Vergleich zur Stadt. Dies kann man auf verschiedene Gründe zurückführen. Der finanzielle Aspekt ist dabei jedenfalls ein sehr wesentlicher Punkt. Das Lohnniveau ist niedrig. Dabei müssen sie aber ein Auto haben. Dazu kommt, dass die meisten v.a. aber die jungen Männer ein Haus bauen wollen, weil das kulturell nach wie vor ein hohes Prestige hat. Daher empfiehlt es sich, dafür Geld zu sparen. Das gemeinsame Leben mit den Eltern erscheint dafür als ein geeignetes Mittel. Es gibt daher eine enge Verbindung zwischen individueller Mobilität (Auto) und Wohnen.

Bei der Teilnahme am öffentlichen Leben wurde der männlich dominierte öffentliche Raum besonders deutlich. Diejenigen, welche die Entscheidungen treffen (Bürgermeister, Gemeinderäte), sind meistens ältere Männer, die sich nicht so für die Interessen der Jugendlichen einsetzen. Gerade die Landjugend, aber auch die Jugendlichen der katholischen Vereinigungen kritisierten die geringen Entscheidungsmöglichkeiten. In Murau, aber v.a. in den Seitentälern, gibt es noch ein reiches Angebot an traditionellen Vereinen. Die Jugendlichen können sich dort in diese gesellschaftlichen Institutionen einfügen. Daneben gibt es aber einen Mangel an alternativen Treffpunkten, d.h. an Jugendzentren oder öffentlichen Plätzen, wo man sich untereinander treffen kann. Solche Dinge gibt es nicht und stehen nicht einmal zur Diskussion in der Region. Aus den Gesprächen wird aber deutlich, dass dies die Jugendlichen aber sehr gerne hätten.

Die Sozialisierung erfolgt teilweise bereits außerhalb der Gemeinden. Viele Jugendliche verbringen ja kaum noch Zeit in den Gemeinden. Sie sind während der Woche außerhalb ihrer Region, d.h. am Arbeitsplatz oder in der Schule. Am Wochenende kommen sie dann nach Hause. Dann haben sie kaum noch Kraft und Zeit, selbst noch etwas zu organisieren.

Aus den Interviews wird eine große Verbundenheit der Jugendlichen mit ihrer Region deutlich. Sie sind sich bewusst, dass sie in einer Region leben, die landschaftlich sehr schön ist und das wird auch sehr geschätzt. Die Möglichkeiten an Outdoor-Sportarten, v.a. Schifahren, Snowboard usw., werden von den Jugendlichen als sehr positiv hervorgehoben. Andererseits nehmen sie aber auch die geringen Möglichkeiten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung wahr. Für die Zukunft der Region sehen manche einen Urlaubsort, andere glauben, dass Murau eine tote Geisterstadt sein wird. Dabei spielt eine große Rolle, wie die einzelnen Jugendlichen ihre eigenen, persönlichen Perspektiven in der Region sehen.

Die Jugendlichen nehmen mehrere Strategien bewusst oder unbewusst wahr:

- *Anpassen*: Wenn die Jugendlichen dezidiert in der Region bleiben wollen, versuchen sie die positiven Seiten in den Vordergrund zu stellen. Die negativen Seiten, d.h. die Einschränkungen, werden als Tatsachen akzeptiert. Man vermeidet das Gespräch darüber. Man fügt sich z.B. indem man versucht, seine Ausbildung nach der Nachfrage am regionalen Arbeitsmarkt auszurichten. Zum Teil sind sie mit diesen

Strategien sehr erfolgreich, zum Teil gibt es aber auch Schwierigkeiten, weil das Angebot an Arbeitsplätzen sehr gering ist.

- *Mobilität*: Dies ist eine Möglichkeit, den Handlungsspielraum auszuweiten. Die Mobilität kann sowohl räumlich mit Hilfe des Autos aber auch durch persönlich-flexibles Reagieren auf die Umstände erhöht werden. Es wird z.B. von den Arbeitslosen eingefordert, dass sie weniger attraktive Jobs übernehmen sollen, die aber dafür in der Region liegen.
- *Abwandern*: Das Verlassen der Region ist die dritte mögliche Strategie. Beweggründe dafür können neben der wirtschaftlichen Situation auch soziale Gründe darstellen. Die sozialen Strukturen sind relativ starr und bieten wenige Möglichkeiten einer Veränderung.

Eine zentrale Forderung könnte sein, Jugendliche stärker als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft anzuerkennen. Man sollte die Jugend nicht als Phase betrachten, die ohnedies bald vergeht, sondern man sollte die Jugendlichen als Menschen mit eigenen Bedürfnissen und Interessen erkennen. Dazu wäre ein offener Dialog zwischen den Jugendlichen selbst und zwischen den Jugendlichen und den Entscheidungsträgern in der Region notwendig. Dafür müsste zunächst aber ein Raum geschaffen werden, wo das überhaupt erst möglich ist. Die Initiative müsste unserer Meinung nach von den Entscheidungsträgern ausgehen. Die Jugendlichen können Forderungen aufstellen, sie werden aber gegen Mauern rennen, wenn sie von der anderen Seite abgeblockt werden. Jugendliche müssten mehr in die lokalen Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Wenn z.B. ein Schwimmbad gebaut wird, sollten die Interessen der Jugendlichen stärker berücksichtigt werden. Beim Ausbau und bei der Erhaltung der Infrastruktur sollte besser darauf geachtet werden, wem dies nützt bzw. wer dabei zu kurz kommen könnte. Der Rückbau des öffentlichen Verkehrs betrifft z.B. die Jugendlichen bei ihrer Unabhängigkeit stark. Jugendliche müssen erstens einmal 18 sein, damit sie Autofahren dürfen, weiters können sich nicht alle ein Auto leisten.

Bei der Analyse der Jugendprogramme manifestiert sich eine Diskrepanz zwischen der ländlichen Dimension und der Teilnahmemöglichkeit. Jugendprogramme sind hauptsächlich auf Beschäftigungsförderung ausgerichtet. Die ländliche Dimension wird dabei nur wenig beachtet. Es werden kaum Fragen gestellt, ob diese Maßnahme für die regionale Situation zutrifft, ob es Sinn macht. Die Unterschiede zwischen den Regionen finden kaum Beachtung. Umgekehrt haben ländliche Entwicklungsprogramme bisher nur wenig Rücksicht auf Jugendliche genommen. Jugendliche waren keine Zielgruppe und wurden dementsprechend auch nicht erwähnt. In der neuen EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER+ sind die Jugendlichen nun eine Zielgruppe. Dies ist positiv zu bewerten. Man wird sehen, wie sich das auswirken wird. Darüber hinaus gibt es seit 2001 in jedem österreichischen Bundesland einen territorialen Beschäftigungspakt, wo in Hinblick auf Beschäftigungsförderung nunmehr auf die regionale Situation mehr Rücksicht genommen werden soll.

Tatzl: Wie alt sind die befragten Jugendlichen?

Machold: Die Jugendlichen waren zwischen 16 und 25. Dies war ein Kriterium für die Untersuchung.

Panholzer: Ich möchte auf den Punkt „Einbindung in Entscheidungsprozesse“ eingehen. In den Gemeinden und politischen Parteien gibt es zwar Jugendvertreter, welche jedoch nicht selten von den anderen Jugendlichen isoliert sind. Diese kümmern sich in erster Linie um die Interessen der Parteien, sind aber oft nicht in der Jugendgemeinschaft integriert. Dadurch fließen oft nicht die tatsächlichen Meinungen und Interessen der Jugendlichen in die politischen Gremien ein.

Machold: Es gibt natürlich die typischen „Alibi-Jugendlichen“ in den politischen Parteien, die als Vorwand verwendet werden, dass etwas für die Jugendlichen gemacht wird. Ich denke, man muss das ganzheitlich angehen. Man muss die Region als Ganzes sehen und die Jugendlichen als Teil davon. Wenn irgendwelche Maßnahmen gesetzt werden, betrifft das ja die ganze Region und die Jugendlichen profitieren davon oder auch nicht. In der konkreten Situation einer Einbindung in Entscheidungsprozessen gibt es auch sehr viele Hemmungen und Ängste von Seiten der Erwachsenen. Jugendliche könnten mit unsinnigen Forderungen daherkommen. Erwachsene wollen da eher abblocken. Sie glauben, Jugendliche sollten eigentlich noch nicht soviel zu entscheiden haben, weil sie das alles noch lernen müssten. Das stimmt sicherlich. Aber auf der anderen Seite muss man aber auch den Jugendlichen zugestehen, dass sie zum Teil tolle Ideen haben und sehr motiviert werden, daraus etwas zu entwickeln. Das kann natürlich kein einzelner „Alibi-Jugendlicher“ bewerkstelligen. Dafür ist die Zusammenarbeit in einer Gruppe notwendig.

Taferner: Wie wurde das Sample der Untersuchung ausgewählt?

Machold: Die Untersuchung war nicht repräsentativ. Wir führten 32 qualitative Interviews durch. Es wurde jedoch sehr wohl darauf geachtet, dass dabei ein möglichst breites Feld an Jugendlichen abgedeckt wird. Wir versuchten Jugendliche mit verschiedenem sozialen Hintergrund zu erreichen, wie Arbeitlose, SchülerInnen, Angestellte, ArbeiterInnen usw. Zusätzlich hatten wir verschiedene Auskunftspersonen in der Region, wie z.B. das Arbeitsmarktservice. Ein Streetworker verschaffte uns Kontakte zu Jugendlichen am Rand der Gesellschaft. Weiters kontaktierten wir Schulen, die Landjugend und Jugendliche aus dem Bereich der katholischen Kirche.

Vogel: Interessant erscheint mir die Wertsystemdebatte. Die Individualisierung ergreift ja nun auch sehr stark im ländlichen Raum, andererseits gibt es noch eine starke traditionelle Einbettung. In diesem Zusammenhang würde mich ein Vergleich der einzelnen europäischen Studienregionen interessieren.

Machold: Das Ausmaß der Individualisierung ist in den einzelnen Untersuchungsregionen sehr unterschiedlich. In der österreichischen, aber auch in der portugiesischen Studienregion sind traditionelle Wertemuster und ein traditionelles Rollenverständnis nach wie vor sehr stark vorhanden. Individualisierung kommt natürlich auch zum Tragen. Dies betrifft z.B. in Murau aber nur einige wenige Aspekte. Jeder/jede versucht z.B. mobil zu sein, seinen Radius zu erweitern. Im Hintergrund finden sich aber immer traditionelle Wertemuster. Die schottische Studienregion liegt z.B. sehr nahe an einem Ballungsgebiet. Dort war die Bildungsbereitschaft wesentlich größer, aber auch die Bereitschaft verschiedenste individuelle Konzepte zu erarbeiten.

Munduch-Bader: Es gibt ja auch Jugend- und Kinderbeiräte, wo mehrere Jugendliche zusammenarbeiten, wie z.B. bei den Bezirksvertretungen in Wien. Die haben sicher nicht nur eine Alibifunktion.

Machold: Auch in der schottischen Untersuchungsregion gab es ein Jugendforum. Bei einigen Jugendlichen ist dieses Angebot sehr gut angekommen, v.a. bei Jugendlichen mit einer besseren Ausgangsposition und höherer Schulbildung. Andere Jugendliche wiederum wurden dadurch nur wenig angesprochen. Sie hatten das Gefühl, dass dieses Forum von den Erwachsenen für die Jugendliche geschaffen wurde und dass sie sich der vorgegebenen Struktur beugen müssten.

Eigelsreiter: Wie kam es zur Auswahl der Studienregion Murau und wie ist diese europäische Kooperation überhaupt zustande gekommen?

Machold: Die Studienregionen mussten nach bestimmten Kriterien ausgewählt werden. Dazu gab es in der Untersuchung drei Typen von ländlichen Regionen: periphere ländliche

Regionen, Übergangsregionen und ländliche Regionen in der Nähe von Ballungsräumen. Die österreichische Studienregion sollte eine entlegene, periphere Region sein, wenig vom Tourismus profitieren und noch möglichst wenig beforscht sein. Mit dem Arkleton Trust gibt es bereits eine langjährige Forschungskoooperation.

Weber: In bestimmten ländlich geprägten Gemeinden in der Schweiz stellte man den Jugendlichen einen bestimmten Teil des Gemeindebudgets zur Verfügung. Die Jugendlichen konnten dann autonom bestimmen, was sie damit machen wollen. Am Anfang haben sie damit viel Blödsinn gemacht, aber sie machten dabei einen Lernprozess durch. Das hat unglaublich zur Identitätssteigerung der Jugendlichen mit ihren Gemeinden geführt. In dem Moment, wo sie eine monetäre Souveränität haben, zeigen sie auch mehr Aktivität und Zufriedenheit.

Wiesinger: Bekamen alle Jugendlichen in der Gemeinde das Budget oder waren diese schon wieder vorselektiert?

Weber: Darüber kann ich leider nichts sagen. Entscheidend ist aber, dass sie sich selbst organisieren.

Wieser: Wenn man Gehen und Bleiben als ganzes betrachtet, in welcher Relation ist das in Murau bei den Jugendlichen zu sehen?

Machold: Aus der Kontextanalyse wissen wir, dass die Abwanderung zurückgegangen ist. Die meisten Jugendlichen würden gerne bleiben, wenn sie die entsprechenden Möglichkeiten hätten. Dafür müssten jedoch die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Allfälliges

Panholzer stellt zur Diskussion, ob es nicht besser wäre, künftig nur noch einen Beitrag auf das Programm der Arbeitssitzung zu setzen. Man könnte dann ein Thema intensiver behandeln.

Die **nächste Sitzung** der **Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung** findet voraussichtlich am **14.3.2003 10.00 Uhr s.t.** an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen statt.

Achtung neue Adresse!: 1030 Wien, Marxergasse 2/Mezzanin (Tel., FAX und e-mail unverändert) Folgende Referate stehen vorläufig auf dem Programm:

Zsilincsár (Institut für Geographie und Raumforschung Universität Graz): Regionale Abfall- und Stoffflusswirtschaft in der Steiermark.

Stastny (Sociologicky ustav Sav, Bratislava): Ergebnisse eines Forschungsprojektes über die Identität lokaler Gemeinschaften in der Slowakei.

Weitere Vorschläge für Referatsbeiträge kamen von *Fiby* (Ergebnisse einer Delphi-Studie zur Veränderung agrarisch geprägter Landschaften in Mitteleuropa) und *Munduch* (Betreutes Wohnen in der Landwirtschaft).

Auf Wunsch können wir Ihnen das Referat von *Heilig* mit allen Tabellen und Grafiken als Pdf-File übermitteln.

Literatur

www.iiasa.ac.at/Research/ERD/net/net_2.htm

Dax, Thomas; Machold, Ingrid: Jung und niemals zu Hause – Jugendliche auf der Suche nach Perspektiven im ländlichen Raum. Forschungsbericht Nr. 50 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien 2002.